Beschlussvorlage
PA/035/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Personal- und Organisationsausschuss	06.05.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:

Residenzpflicht für Beamtinnen und Beamte des Feuerwehr-Einsatzdienstes Aussetzung des POA-Beschlusses vom 16.07.1991 zur Wohnsitznahme der Einsatzbeamten bei der Berufsfeuerwehr Nürnberg

Anlagen:
Gutachten Aussetzung Residenzpflicht_FW
POA-Beschluss zur Residenzpflicht bei FW vom 20.06.1991

Sachverhalt (kurz):
Auf Initiative FW soll die mit dem POA-Beschluss vom 16.07.1991 zur Wohnsitznahme der Einsatzbeamten bei der Berufsfeuerwehr Nürnberg geregelte Residenzpflicht für Beamtinnen und Beamte des Feuerwehr-Einsatzdienstes bis auf Weiteres ausgesetzt werden, da aus personalwirtschaftlicher Sicht die stark einschränkenden Regelungen dieses Beschlusses im Hinblick auf die Wohnsitznahme unter heutigen Gesichtspunkten kontraproduktiv hinsichtlich der Gewinnung und Bindung von Personal seien. Die Berufsfeuerwehr Nürnberg soll jedoch zu einem Rückgriff auf die Residenzpflicht ermächtigt werden, sollte die Einsatzbereitschaft zukünftig vom schnellen Eintreffen alarmierter dienstfreier Kräfte abhängen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☒ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Keine organisatorischen oder prozessualen Auswirkungen.

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die diversity-relevanten Anforderungen (insb. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) werden berücksichtigt.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Die mit dem POA-Beschluss vom 16.07.1991 zur Wohnsitznahme der Einsatzbeamten bei der Berufsfeuerwehr Nürnberg geregelte Residenzpflicht für Beamtinnen und Beamte des Feuerwehr-Einsatzdienstes wird bis auf Weiteres ausgesetzt. Die Berufsfeuerwehr Nürnberg wird jedoch zu einem Rückgriff auf die Residenzpflicht ermächtigt, sollte die Einsatzbereitschaft zukünftig vom schnellen Eintreffen alarmierter dienstfreier Kräfte abhängen.